

Ressort: Technik

Justizminister wollen schärferes Strafrecht für Hasspropaganda

Berlin, 24.02.2016, 15:48 Uhr

GDN - Angesichts der enormen Zunahme rassistischer Gewalt fordern die Justizminister mehrerer Bundesländer eine Verschärfung des Strafrechts: Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen wollen in einem Gesetzentwurf die Verbreitung neonazistischer Hasspropaganda über das Internet schärfer ahnden, Hessen spricht sich für eine verdeckte Online-Durchsuchung aus und Bayern will eine elektronische Fußfessel für "extremistische Gefährder". Dies ergab eine Umfrage des "Tagesspiegels" (Donnerstagsausgabe) bei den Ministern und Senatoren der 16 Länder zu ihren Erwartungen an den geplanten "Justizgipfel gegen fremdenfeindliche und rechtsradikale Gewalt".

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat dazu seine Länderkollegen für den 17. März nach Berlin eingeladen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-68445/justizminister-wollen-schaerferes-strafrecht-fuer-hasspropaganda.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619